FREITAG, 20. NOVEMER 2009 NR. 47 51. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Bussenterror bei
113 statt 80 km/h

Klar, dieser Bürger am Steuer war zu schnell. Ausserorts, Strasse schnurgerade, null Verkehr, Sonntag. Da lohnt sich ein Hinterhalt für die Gestrapo.
CHF 6,620 kostete das Verbrechen im Kanton Zürich, obwohl nach Ort, Zeit und Umständen eine Bagatelle.
In D hätte die Busse EUR 75 betragen.
Es geht eben bei uns nicht um die Sicherheit, sondern ums Abzocken.

AUTO ALLIANZ
www.autoallianz.ch – 044 391 6767

FÜR EINEN SICHEREN UND KONKURRENZFÄHIGEN LUFTVERKEHR

Ja zur längst fälligen Gerechtigkeit für die Luftfahrt

Heute fliessen die Hälfte der Steuern auf Flugtreibstoffen sowie der gesamte Steuerzuschlag in den Strassenverkehr. Die andere Hälfte geht in die Bundeskasse. Neu sollen die Steuereinnahmen dort eingesetzt werden, wo sie auch entrichtet werden. Das heisst, die Steuereinnahmen aus der Luftfahrt sollen wieder im Luftverkehr eingesetzt werden. Über das Anliegen der Spezialfinanzierung des Luftverkehrs wird am 29. November abgestimmt.

In der Schweiz wird der Verbrauch von Treibstoffen für Fahrzeuge aufgrund von Artikel 86 der Bundesverfassung mit einer Grundsteuer und einem Mineralölsteuerzuschlag besteuert. 50 Prozent der Grundsteuer fliessen in die allgemeine Bundeskasse. Die andern 50 Prozent und der gesamte Mineralölsteuerzuschlag werden zugunsten der Strasse und der Schiene verwendet.

Massive Ungleichbehandlung

Auch der Verbrauch von Flugzeugtreibstoffen wird besteuert. Aufgrund eines internationalen Abkommens aber nur auf Treibstoffen, die auf Inlandflügen verbraucht werden. Allerdings profitiert der Luftverkehr aus der Besteuerung des Treibstoffes auf Inlandflügen in der Höhe von jährlich etwa 60 Millionen Franken nicht. Diese Einnahmen gehen bis heute ebenfalls in die Bundeskasse und in die Strasse und Schiene. Das kommt einer massiven Ungleichbehandlung der Verkehre gleich.

Mit einer Ergänzung von Artikel 86 der Bundesverfassung soll einerseits die Grundlage geschaffen werden, diese Erträge analog dem Strassenverkehr für den Luftverkehr einzusetzen, und anderseits auch die Verwendung festzulegen. So sollen aus den Mineralölsteuereinnahmen von rund 36 Millionen Franken je 50 Prozent, d.h. je 18 Millionen Franken, der Bundeskasse und eben dem Luftverkehr zufliessen. Der Ertrag aus dem Mineralölsteuerzuschlag von rund 24 Millionen Franken geht an den Luftverkehr. Damit kann dieser mit etwa 44 Millionen Franken pro Jahr rechnen für die Finanzierung eines Teils seiner Aufwendungen.

Mittel für Sicherheit und Umweltschutz

Diese Mittel sind in drei Bereichen einzusetzen, nämlich:

MAX BINDER
NATIONALRAT SVP
ILLNAU

- für Beiträge an Umweltschutzmassnahmen, die der Luftverkehr nötig macht;
- für Sicherheitsmassnahmen zur Abwehr widerrechtlicher Handlungen, namentlich Terroranschläge und Entführungen, soweit diese Massnahmen nicht staatlichen Behörden obliegen;
- für Beiträge zur Förderung eines hohen technischen Sicherheitsniveaus im Luftverkehr.

Der Bundesrat schreibt in seinem Bericht über die Luftfahrtpolitik der Schweiz 2004:

«Der schweizerischen Luftfahrt kommt eine herausragende volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Sie ist sowohl ein Element der Aussenwirtschaftspolitik als auch ein zentraler Standortsfaktor. Deshalb ist die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Luftfahrt zu fördern.»

Verursachergerecht statt zweckentfremdet

Immerhin lag die Wertschöpfung der Luftfahrt in der Schweiz im Jahre 2004 bei ungefähr 26 Milliarden Franken mit fast 176 000 Beschäftigten. Gleichzeitig deklariert der Bericht den Linienverkehr mit Flugplanpflicht als öffentlicher Verkehr. Mit der vorliegenden Verfassungsänderung wird der Bedeutung der Luftfahrt konkret Rechnung getragen. Dabei ist klar festzuhalten, dass der Bund keine allgemeinen Steuermittel einsetzt, sondern Mittel, die der Luftverkehr generiert, sollen diesem analog zur Strasse auch zustehen. Es wird also keine Subventionierung der Luftfahrt eingeführt.

Luftfahrtsstandort Schweiz stärken

Der Vorlage ist mit Überzeugung zuzustimmen mit dem Ziel:

- die Wettbewerbsfähigkeit des Luftfahrtsstandortes Schweiz insgesamt zu fördern;
- die Gleichbehandlung des Luftverkehrs als Träger des öffentlichen Verkehrs zu erreichen;
- die zweckgebundene Verwendung von Erträgen aus der Besteuerung von Flugtreibstoffen für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben des Luftverkehrs sicherzustellen;
- die massiv steigenden Kosten, die im Sicherheitsbereich der Infrastruktur der Flughäfen anfallen, mitzufinanzieren, vor allem auch auf den Regionalflugplätzen.

Der Ständerat stimmte der Vorlage mit 33:7 Stimmen zu, der Nationalrat mit 124:63 Stimmen.

Von der Spezialfinanzierung Luftverkehr profitieren alle: Passagiere, Bevölkerung und Umwelt. Unterstützen auch Sie die Vorlage und stimmen Sie JA am 29. November!

STRAFEN OHNE ABSCHRECKENDE WIRKUNG

Zwingende Verschärfung des Strafrechts

Die SVP ist schockiert, dass das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement sowie die ständerätliche Rechtskommission nichts von einer Verschärfung des Strafrechts wissen wollen. Der Nationalrat hatte in einer von der SVP initiierten Sondersession verschiedene Verschärfungen des Strafrechts überwiesen. Diese müssen nun dringend umgesetzt werden. Alles andere wäre ein Affront gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die zu Recht endlich Taten der Politik fordern. Die SVP ruft den Ständerat auf, auf der Linie des Nationalrates zu bleiben und einer Verschärfung des Strafrechts in verbindlicher Form zuzustimmen.

ZB. Es vergeht kein Tag ohne Meldungen über krasse Gewaltverbrechen. Schlägereien, Messerstechereien, Tritte gegen wehrlose, bereits am Boden liegende Opfer gehören Nacht für Nacht und vor allem an den Wochenenden zum Alltag in den Städten und vermehrt auch auf dem Land. Die Täter kommen häufig mit milden Strafen davon, sofern sie überhaupt dingfest gemacht werden können. Das Strafrecht hat seine abschreckende Wirkung verloren.

Wiedereinführung kurzer Freiheitsstrafen

Das Strafrecht wurde für integrierte schweizerische, meist männliche Straftäter konzipiert, die gutem Rat zugänglich sind und über gezielte Resozialisierungsmassnahmen wieder in die Gesellschaft eingegliedert werden können. Dass dieses Konzept beim Grossteil aller Delinquenten – die meisten mit Migrationshintergrund – nicht mehr greift, sich viele von ihnen nur ins Fäustchen lachen, wenn sie in den Genuss der milden Strafen kommen, sollte auch dem letzten Erziehungsidealisten und Gutmenschen inzwischen klar geworden sein.

Es ist daher völlig unverständlich, wenn nun sowohl die ständerätliche Rechtskommission als auch Bundesrätin Widmer-Schlumpf bei der Verschärfung des Strafrechts auf die Bremse treten, nachdem die Bundesrätin im Sommer im Nationalrat noch ganz andere Versprechungen abgegeben hatte. Die Rechtskommission des Ständerates will die vom Nationalrat überwiesenen Motionen – etwa zur Aufhebung von bedingten Geldstrafen und zur Wiedereinführung kurzer Freiheitsstrafen – in unverbindliche Prüfungsaufträge umwandeln. Bundesrätin Widmer-Schlumpf stellt die Vorlage zu den Strafrahmen und damit die Strafverschärfungen bei Delikten gegen Leib und Leben zurück, obwohl bereits konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen. Wie lange wollen die verantwortlichen Behörden diese dringend notwendigen Verschärfungen noch verzögern und den auch seitens der Kantone klar ausgewiesenen Handlungsbedarf negieren? Wie lange müssen wir noch warten, bis unsere Strafen wieder eine abschreckende Wirkung auf die Täter haben und die Interessen der Opfer wieder ernst genommen werden? Was müssen die Opfer denken, wenn der Täter mit einer läppisch geringen Geldbusse davonkommt? Einen Freiheitsentzug empfindet der Täter als eindeutig gravierender denn eine «Strafe», die sich per Einzahlungsschein erledigen lässt.

Die SVP fordert mit Nachdruck eine Verschärfung des Strafrechts und verlangt von Bundesrätin Widmer-Schlumpf und Ständerat endlich schnelle Beschlüsse für griffige Massnahmen. Ansonsten machen sie sich zu Mittätern und tragen die Verantwortung für die Eskalation der Gewalt.

Hotel-Restaurant Sonne
Familie Zorica Fak
Kirchenstr. 51, 8843 Oberiberg
Telefon 055 414 12 30
info@sonne-oberiberg.ch

Sonnenstübli für 20, grosser Saal für 50 Personen, Restaurant bis 40 Personen. Grosse Terrasse. Familienhotel mit 40 Betten: Doppelzimmer, 4er-Zimmer und Einzelzimmer. Alle Zimmer verfügen über fliessend Kalt- und Warmwasser, pro Etage eine Dusche, ein Bad sowie WC's. Zusätzlich 2 x 8 Matratzenlager. Ruhige Lage ob der Kirche (Gruppenunterkünfte).

Neu in Ihrer Region:
24-Stunden-Betreuung
in den eigenen 4 Wänden

I-W-A In Würde altern
Tel. 0041 (0) 844 55 44 33
Fax 0041 (0) 844 55 44 00
E-Mail: info@I-W-A.ch
WWW.I-W-A.CH

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Aus ALT mach NEU!

038.219442

Werfen Sie Ihre alte Polstergruppe nicht weg: Wir überziehen sie neu in Stoff und Leder.
Ein neuer Bezug lohnt sich fast immer!
Kostenlose Heimberatung
Rufen Sie uns an

29 Jahre Erfahrung
wideg ag

Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel. 044 935 25 46, info@wideg.ch
www.wideg.ch

Sparen Sie bei den Hypotheken! Wir sagen Ihnen wie.

HypothekenBörse AG
Finanzierungsberatung
für Private und Firmen

Neugrütstrasse 4b
CH-8610 Uster
Telefon 043 366 53 53
Fax 043 366 55 83
info@hypotheken-boerse.ch
www.hypotheken-boerse.ch

Clever finanzieren.

HYPOTHEKENBÖRSE AG

Alle Tassen im Swiss-Schrank?

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Die Swissair war das teure Hätschelkind der Freisinnigen. Die beinahe untergegangene Swiss war das teure Hätschelkind der Sozialdemokraten. Sie diktierten trotz Warnung aller wirtschaftstauglichen Stimmen ein Konzept von 26 Lang-, 26 Mittel- und 82 Kurzstreckenflugzeugen. Für dieses aufgeblasene Projekt ohne jede Marktrealität wurden drei Milliarden an Steuergeldern verbraten. SP-Wirtschaftsexperte Peter Bodenmann orakelte 2001 im «Magazin»: «Die neue Fluggesellschaft wird in zwei Jahren schwarze Zahlen schreiben.» Doch die neue Fluggesellschaft ignorierte des Sozis Frohbotschaft und schrieb 2003 rote Zahlen von 687 Millionen. Es folgte Abbau auf Abbau: bei Personal, Flugzeugen, Flugstrecken und Eigenkapital.

2001 meinte SP-Wirtschaftsexperte Bodenmann im «Tages-Anzeiger», der Bund habe die Chance, «dass sein Engagement sich nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch in Form von steigenden Aktienkursen rechnet». Doch der Aktienkurs der Swiss ignorierte des Sozis Frohbotschaft und sackte von anfangs 50 Franken bis Januar 2006 auf Fr. 8.70 zusammen. Allein der Kanton Zürich verlor gegen 300 Millionen Franken. Jetzt standen die Grossaktionäre vor der Wahl, ihre Aktien entweder an die Lufthansa abzutreten oder noch einmal eine halbe Milliarde einzuschiessen.

Die überdimensionierte Sozi-Swiss blieb seit ihrem Jungfernflug eine Geldvernichtungsmaschine. Bis sie die Lufthansa zum Nulltarif, aber mit der notwendigen Kapitalerhöhung übernahm und nach marktwirtschaftlichen Kriterien managte. Heute schreibt sie leicht schwarze Zahlen. Und wie kommentiert dies SP-Wirtschaftsexperte Peter Bodenmann in der letzten «Weltwoche»? Er lästert über die Kritiker des ruinösen 26/26/82-Konzepts – obwohl sie 2001 genau das gefordert hatten, was drei Jahre und drei Milliarden später die Lufthansa tat. Und er preist die Veranstalter des Milliardendesasters als «politische Retter der Swiss».

Vor zwei Wochen schrieb Bodenmann von nebenan, Bundespräsident Hans-Rudolf Merz habe «nicht mehr alle Tassen im Schrank». Unglaublich, wozu unschuldiges Geschirr herhalten muss! Als stilbewusster Kolumnist würde ich SP-Wirtschaftsexperte Bodenmann nie vorwerfen, er habe mit seinem Swiss-Sachverstand nicht alle Tassen im Schrank. Ich würde höchstens schreiben, er habe einen Sprung in der Schüssel.

CHAOTISCHE IMPFAKTION

Allgemeine Verwirrung der Behörden als Folge der Schweinegrippe

Wäre die Sache nicht bitterer Ernst, müssten die behördlichen Aktivitäten und Verlautbarungen rund um die Schweinegrippe als Posse bezeichnet werden. Obwohl seit Monaten angekündigt, führt der nun erfolgte Ausbruch der Grippeepidemie in erster Linie zu einer Verwirrung der Behörden. Die Schuld an den zumindest für den Laien chaotisch wirkenden Impfaktionen wird von den Protagonisten wahlweise der Nichtmitgliedschaft in der EU, dem Föderalismus, der Pharmaindustrie, der Zulassungsstelle Swissmedic oder dem Bundesamt für Gesundheit BAG gegeben. Der schwarze Peter wird, medial eng begleitet, fast täglich weitergereicht.

MARTIN BALTISSER
PARTEISEKRETÄR SVP SCHWEIZ

Das neuste Kapitel im Verwirrspiel liefert der Bundesrat, der dem Verteidigungsdepartement den Auftrag erteilt hat, 80 000 Diplomaten und Beamte zu impfen. Der Bundesratssprecher betont zwar, dass mit dieser Impfaktion niemand privilegiert würde. Woher er diese Interpretation des Sachverhalts nimmt, bleibt indes schleierhaft. Der Unterschied zwischen einer Sonderbehandlung und einer privilegierten Behandlung dürfte eher klein sein. Mit diesem Entscheid reduziert der Bundesrat zudem erneut das Verteidigungsbudget von Bundesrat Ueli Maurer. Unter Vollkostenbetrachtung geht dem VBS ein Millionenbetrag ab.

BAG überfordert

Schon beinahe tragisch ist die Rolle des BAG. Im Verlauf der vergangenen Woche wurde die Schuld am Impfchaos vom BAG zuerst der Nichtmitgliedschaft in der EU angelastet, welche einen Informationsaustausch mit den europäischen Zulassungsbehörden verhindern würde.

Nachdem sich diese Argumentation als wenig tragfähig erwiesen hatte, wurde das Visier vom BAG auf den föderalistischen Aufbau der Schweiz gerichtet, der eine Koordination verunmögliche. In erster Linie zeigt das wild um sich schlagende Bundesamt aber, dass es durch die Situation selber heillos überfordert ist.

Das BAG hatte den Ausbruch einer Grippeepidemie bereits vor Monaten angekündigt. Zeit zur Vorbereitung wäre also genügend vorhanden gewesen.

Lehren für die Zukunft ziehen

Das Thema Schweinegrippe wird auch das Parlament beschäftigen. Mehrere Vorstösse sind angekündigt, z.B. im Bereich des Informationsaustauschs mit der EU, der mit Ländern wie USA, Kanada oder Australien auf der Basis von gegenseitigen Vereinbarungen offenbar bereits funktioniert – ohne dass die Schweiz diesen Ländern beigetreten wäre ... Bundesrat und Behörden werden in den nächsten drei Wochen nicht darum herumkommen, unangenehme Fragen zu ihrem Vorgehen zu beantworten.

Parolen zur Volksabstimmung vom 29. November 2009

Eidgenössische Vorlagen

Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr — JA

Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» — NEIN

Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» — JA

Kantonale Wahl

Ersatzwahl eines Mitgliedes des Regierungsrates für den Rest der Amtsdauer 2007–2011

Ernst Stocker

VON KLÄGLICHEN VERSUCHEN, DIE EU-BEITRITTSDISKUSSION WIEDER ANZUWERFEN

Zwängerei mit der EU

Wieder einmal herrscht «Zwängizeit» für einen EU-Beitritt: Die Euro-Turbos wühlen hinter den Kulissen, um ein Klima zu schaffen, in dem ein EU-Beitritt zwingend sei; diesmal sind es die Bürokraten, welche den Aufstand der Zwängerei proben. Doch die Proteste an den Hochschulen wegen der europhoben Bologna-Reform müsste eine Lehre sein: Hütet euch nach Maastricht und Bologna vor Brüssel.

B. IM OBERDORF
GEMEINDERAT ZÜRICH

Je länger sich der Widerstand gegen die EU aufbaut, desto kläglicher werden die Bemühungen, die EU-Beitrittsdiskussion wieder anzuwerfen. Leider ist aber kläglich nicht gleichbedeutend mit harmlos: Diese kommen dann eher wie die Wölfe in den Schafspelzen daher.

Wenn Amtsschimmel nach Brüssel galoppieren

Die Euro-Turbos haben zunächst «Schwein» gehabt. Dank der Schweinegrippe kann man jetzt den Vorwurf in die Welt setzen, dass der Impfstoff deshalb zu spät in die Schweiz komme, weil unser Land nicht Mitglied der EU sei. Konkret prüfte «Swissmedic» die Zulassungsbedingungen für die Impfstoffe eine Ewigkeit lang, so dass diese erst viel später als in der EU ausgeliefert wurden. Es sei eben so gewesen, dass man als nicht EU-Mitglied keine Daten und Zulassungen hätte übernehmen können, sondern überall gewissermassen bei Adam und Eva hätte anfangen müssen. Was da gemacht wurde, war insofern korrekt, als da «Dienst nach Vorschrift» geschoben wurde – auf gut Deutsch heisst das allerdings schlicht Bummelstreik.

Da wäre es interessant zu wissen, wie die ausgemerzte beinahe Bundesrätin Christine Beerli als Präsidentin der Swissmedic zur Euro-Turbo-Exponentin Christa Markwalder steht. Je nachdem wird dann da Schützenhilfe geleistet und im Extremfall liess sich dann noch die Polemik in den Raum setzen, dass der Nicht-Beitritt zur EU geradezu tödlich sei. Fast gleichzeitig wie in einer konzertierten Aktion kamen auch die Bürokraten der Kartellbehörde auf die Idee, den Amtsschimmel loszulassen und auf die EU-Skeptiker zu hetzen: Sie, die Bürokaten von der Wettbewerbsbehörde, können, wie sie jammern, ausserhalb der EU gar nicht mehr effizient die Marktteilnehmer prüfen, und man sei da am Ende der Bilateralen angelangt.

Da macht man aus dem eigenen Minimalismus, aus der Bequemlichkeit insofern eine Tugend, als man diesen wiederum umfunktioniert als Rammbock gegen die Eigenständigkeit der Schweiz. So lässt sich aus der Faulheit noch Kapital schlagen.

Bologna nach Maastricht: das EU-Diktat

Etwas anders gelagert sind dann die Studentenproteste in Zürich, Bern und Basel gegen die Verschulung des Studiums durch die Bologna-Reform: Bologna ist für die Hochschulen das, was Maastricht für die Währungspolitik ist: In Maastricht wurde der Euro eingeführt und über fast ganz Europa gestülpt. In Bologna wurde beschlossen, die Studiengänge in Europa zu vereinheitlichen, einzuengen und auf Effizienz zu trimmen; Bildung soll abgelöst werden durch eine möglichst effiziente Ausbildung.

Die Studentenproteste nützen deshalb nichts, weil die Universitäten selber gar nichts tun können gegen diese Reform; sie haben zu vollziehen, was die Politiker auf einer übergeordneten supranationalen, europäischen Ebene beschlossen haben: den bildungsmässigen Einheitsbrei des Bologna-Diktats. Und da kommt ein einzelnes Land, geschweige denn eine Universität ebenso wenig heraus wie die europäischen Länder aus dem Euro aussteigen können. Da hätte eben unsere Landesregierung den Pflock einschlagen und sagen müssen: Da machen wir nicht mit und bleiben unabhängig. Das wäre dann die Lehre daraus: Hütet euch vor einer unterwürfigen europäischen Integration.

Natürlich gab es das Gleitmittel, mit dem die Verantwortlichen von den Apologeten der Integration eingeseift wurden. Beispielsweise ist das die Mär von der Mobilität, welche das europaweite Studium ermöglichen solle. Doch damit ist es zumindest für die Schweizer nicht so weit her: Die Semester im Ausland sind so weit verlorene Zeit, wenn diese wegen der Prüfungsrelevanz hier nachgeholt werden müssen. Anders könnte es für die Ausländer sein, die in der Schweiz studieren: Diese einseitig offene Mobilität hätte dann zur Folge, dass wir hier für diese ausländischen Studierende günstigen Wohnraum bereitstellen sollten: Kann es dann sein, dass wir hier subventionierten Wohnungsbau betreiben müssen, um für die Ausländer noch den «Segen» von Bologna zu ermöglichen? Dann wären wir bei Nettozuwendungen an die EU.

Und was bleibt dann noch von Bologna: eine einseitig stromlinienförmige Ausbildung, die eine reife Persönlichkeitsentwicklung verunmöglicht, und spätestens in der aktuellen Krise hat sich gezeigt, dass eine einseitig technokratische Ausbildung nicht mehr genügt und gar grossen Schaden stiften kann. Aber das alles kümmert die EU-Turbo-Ideologen ja nicht.

Lehren ziehen und Widerstand leisten

Wir aber sollten aus all diesen bürokratischen Zwängereien, die auf eine EU-Integration hinsteuern, unsere Lehren ziehen: Wir dürften uns von scheinbar plausiblen, letztlich aber leeren und bürokratischen Sachzwangargumenten gar nicht beeindrucken lassen. Die Amtsschimmel mit den EU-Sternen auf dem Sattel sollen in ihr Gatter zurück.

GEGEN DIE EINFÜHRUNG EINER TV- UND RADIO-STEUER

Unangebrachtes Vorprellen des BAKOM-Direktors in der Radio- und TV-Gebührenfrage

Der Direktor des Bundesamtes für Kommunikation BAKOM redete in der letzten Woche der Einführung einer generellen TV- und Radio-Steuer das Wort und verteidigt die Position der Billag als Einzugsstelle. Damit unterläuft das BAKOM die parlamentarischen Prozesse, welche zu diesen Themen im Gange sind. Die Aktion Medienfreiheit fordert die zuständigen Institutionen auf, nicht auf diese Einzelinitiative des BAKOM einzutreten.

NATALIE RICKLI
NATIONALRÄTIN SVP WINTERTHUR

Das BAKOM schlägt vor, dass zukünftig jeder Haushalt eine TV- und Radio-Gebühr zahlen müsse – unabhängig davon, ob in diesem Haushalt überhaupt Fernseh- oder Radiogeräte im Einsatz sind. Sein Argument, der technologische Fortschritt erlaube den Zugang zu den elektronischen Medien auch via Handy und PC verfängt nicht. So ein Vorgehen wäre damit vergleichbar, dass jede Schweizerin und jeder Schweizer die Autobahnvignette bezahlen müsste – unabhängig davon, ob sie oder er die Autobahnen benützt oder nicht, einfach weil jede und jeder theoretisch dazu in der Lage ist. Eine Gebühr ist eine Entschädigung für die Nutzung einer Dienstleistung. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb jemand, der diese Leistung nicht bezieht, dennoch zur Kasse gebeten werden soll. Die TV- und Radio-Gebühr für alle erweist sich als zusätzliche Steuer, welche durch die Hintertür eingeführt werden soll, ohne die politische Diskussion dazu führen zu müssen.

Problematische Einmischung

Auch die pauschale Stellungnahme des BAKOM-Direktors zur Billag überrascht. Er scheint nicht ernsthaft gewillt, alternative Gebühreneinzugsmodelle zu prüfen, obwohl sowohl im Parlament wie in der Bevölkerung der dringende Wunsch besteht, dies zu tun.

Nicht nachvollziehbar ist zudem das Vorpreschen des BAKOM zum jetzigen Zeitpunkt, denn der Nationalrat hat vom Bundesrat einen Bericht zum Inkasso der Gebühren verlangt und dazu, welche Geräte gebührenpflichtig sein sollen. Dieser Bericht soll bis Ende Jahr vorliegen. Mit seiner Stellungnahme greift das BAKOM den politischen Prozessen vor.

Die Aktion Medienfreiheit erachtet es als problematisch, wenn ein Bundesamt auf diese Weise den politischen Prozessen vorgreift.

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Verzicht auf höheren Eigenmietwert?

Der Kantonsrat hat diese Woche ein Postulat, dass den Verzicht auf höhere Eigenmietwertbesteuerung ab dem Jahr 2010 fordert, für dringlich erklärt. Ausserdem beschäftigte sich der Kantonsrat mit den Rechnungsprüfungskommissionen und der Exmatrikulation von Studierenden an der Universität.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Barbara Steinemann (SVP, Regensdorf) forderte mit ihrem Postulat, dass der Regierungsrat auf die Erhöhung des Eigenmietwerts per 2010 zu verzichten habe. Jeder Kanton verfügt über ein anderes System der Eigenmietwert-Bemessung. Mittelständische Familien werden seit 1. Januar 2007 in Baselland durch eine deutliche Anpassung spürbar entlastet. Im Kanton Schwyz werden die Liegenschaften individuell geschätzt, der Wert hat dann über Jahrzehnte Gültigkeit. Nicht so im Kanton Zürich: Hier sollen Hauseigentümer für ihr selbst genutztes Wohnobjekt finanzielle Mehrbelastungen erfahren – im Schnitt rund 10 Prozent, bei regionalen Unterschieden. Dies obwohl die Immobilienpreise im Sinken begriffen sind und damit die Basis auf zu hohen Werten aufbauen wird. Und dies alles in einer Zeit, in der Entlastungen einen klaren wirtschaftlichen Mehrwert bringen und Belastungen eine Verzögerung der Konjunkturerholung bedeuten können. Der Regierungsrat beabsichtigt zudem, die Erhöhung für die laufende Steuerperiode und damit rückwirkend einzuführen. Dieses Vorgehen ist in ordnungspolitischer Hinsicht fragwürdig. Der Steuerzahler wartet zudem nach wie vor auf den Ausgleich der kalten Progression. **Barbara Steinemann** betonte zudem im Rat, dass der Regierungsrat bei der Suche nach neuen Einnahmequellen bei den Hauseigentümern und Wohnungseigentümern fündig geworden ist. Diese Bürger seien aber nicht für das exorbitante Ausgabenwachstum des Kantons verantwortlich. Zudem widerspreche eine Erhöhung der Kantonsverfassung und passe nicht in die konjunkturpolitische Landschaft. Der Kantonsrat erklärte das Postulat mit (den benötigten) 60 Stimmen für dringlich.

Rechnungsprüfung

Mit zwei parlamentarischen Initiativen (PI) forderte **Hans Heinrich Raths** (SVP, Pfäffikon) zusammen mit Vertretern aus FDP und CVP eine Änderung des Gemeindegesetzes und der Kantonsverfassung. Dies weil der Regierungsrat die Anforderungen an die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission derart hoch angesetzt habe, dass in Zukunft nur noch wenige Rechnungsprüfungskommissionen die Voraussetzungen dafür erfüllen, die Jahresrechnung selber zu prüfen. **Hans Heinrich Raths** betonte im Rat, dass die Festschreibung der Anforderungen an Behörden in unserem System sehr gefährlich sei. Es schränke das passive Wahlrecht ein. Zudem sei es ein erheblicher Unterschied betreffend Umfang und Komplexität einer Jahresrechnung von einer Gemeinde mit wenigen hundert Einwohnern oder der Stadt Zürich mit einem Milliardenhaushalt (siehe Kommentar). **Theo Toggweiler** (SVP, Zürich) betonte im Rat, dass auch Anpassungen für kleinere AGs und GmbHs gemacht wurden. Eine kleinere Aktiengesellschaft könne heute eine Erklärung abgeben, dass diese auf einen Revisionsbericht verzichte. Auch bei kleineren Gemeinden könne die Revision ohne Revisionsdiplom gemacht werden. **Claudio Schmid** (SVP, Bülach) betonte zudem, dass die Gemeinden über verschiedene Kontrollinstanzen verfügen. Wenn in einem Milizsystem die Kontrollen verschärft würden, entscheiden schlussendlich nur noch Fachleute. Die beiden parlamentarischen Initiativen wurden deutlich mit 117 beziehungsweise 112 Stimmen vorläufig unterstützt.

Exmatrikulation von Krawallstudenten

Mit einer parlamentarischen Initiative (PI) wollte **Claudio Zanetti** (SVP, Zollikon) das Gesetz über die Universität Zürich ergänzen. Ziel der PI war, dass ein Student, der einen Gast der Universität an einem Auftritt hindere oder einen Vortrag in schwerwiegender Weise störe, von der Universität ausgeschlossen werde. **Claudio Zanetti** zitierte die Bundesverfassung «frei ist nur, wer seine Freiheit gebrauche» und forderte zudem für die Freiheit zu kämpfen, jeden Tag, wenn es nötig sei. An der Universität sei es besonders wichtig, dass man reden darf, was man will. Eine Gruppierung von Meinungsterroristen wolle das verhindern, dies sei nicht akzeptabel. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die Universität ein Ort der freien Rede und Gegenrede bleibe. **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen) betonte zudem, dass dieses Jahr einige linksextreme Studierende der Universität Zürich gegen Auftritte von Nestlechef Peter Brabeck, Nationalbankdirektor Jean-Pierre Roth und Novartis-CEO Daniel Vasella Saubanner-Züge veranstalteten. Der Auftritt von Daniel Vasella musste sogar abgesagt werden. Bürgerlich, konservative Intelligenz sei offenbar etwas, was sich die Linke nicht vorstellen könne, etwas, das mit Gewalt bekämpft werden müsse, damit das eigene Weltbild intakt bleibe. Um Gewalt zu verhindern, gäbe es das Strafrecht, gegen Gewalttäter und Chaoten gäbe es das Vermummungsverbot, aber es brauche noch mehr, wenn gewalttätige Diskussionsverweigerung an der Universität stattfinde. Denn ohne Redefreiheit sei kein Intellekt möglich. Ohne These und Antithese keine Synthese, ohne Widerspruch und Diskussion keine Schlussfolgerung, ohne andere Meinung keine Entwicklung. Die Intoleranz gegenüber Referenten schade zudem dem Denkplatz Zürich. Es sei auch ziemlich dumm, jemand, der für zehntausende Arbeitsplätze verantwortlich sei, daran zu hindern, seine Gedanken mitzuteilen. Wenn diese Redefreiheit mit Erfolg eingeschränkt werde, dann färbe diese Dummheit auf die ganze Universität ab. Darum sei die Exmatrikulation die einzige richtige Antwort. Dies sah der Kantonsrat leider nicht so und unterstützte die PI nur knapp nicht.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Für eine Finanzkontrolle mit Augenmass!

Der Kantonsrat hat mit 117:0 respektive mit 112:0 Stimmen zwei parlamentarische Initiativen betreffend der Stellung der RPK überwiesen und damit in der Frage der Regierung die rote Karte gezeigt.

HANS H. RATHS
KANTONSRAT SVP
PFÄFFIKON ZH

Vor Kurzem hat die Regierung in der Verordnung über den Gemeindehaushalt die Anforderungen an die Rechnungsprüfungskommission (RPK) neu festgeschrieben. Der Auslöser dafür ist die neue Kantonsverfassung. Darin ist festgehalten, dass die Prüfung des Gemeindehaushaltes durch unabhängige und fachkundige Organe zu erfolgen hat. Leider hat es die Regierung ver-passt, die Verordnung aus der Direktion Notter, die weit über das Ziel hinausschiesst, zurückzunehmen.

Ein grosser Schwachpunkt ist vor allem der Umstand, dass die Neuregelung den verschiedenen Gemeindegrössen und damit verbunden, der stark unterschiedlichen Komplexität der Jahresrechungen, nicht Rechnung trägt. Dies überrascht umso mehr, als das revidierte Revisionsrecht für Firmen, worauf der Regierungsrat Bezug nimmt, Unterschiede macht und bei Kleinstgesellschaften sogar auf eine Revisionsstelle verzichtet.

Kantonsrat nimmt das Heft in die Hand

Mit der vorläufigen Unterstützung von zwei parlamentarischen Initiativen von Hans Heinrich Raths (SVP), Martin Farner (FDP) und Jean-Philippe Pinto (CVP) hat der Kantonsrat zum Ausdruck gebracht, dass er das Vorgehen der Regierung in der Frage der RPK nicht akzeptiert und das Heft in der Frage nun selber in die Hand nehmen will. Dies mit dem Ziel, Lösungen zu erarbeiten, die der heutigen bewährten Praxis gerecht werden. Die von der Regierung neu verlangten Anforderungen sind für die meisten RPKs zu hoch und deshalb praxisfremd. Dies gilt es nun zu korrigieren. Die Neuregelung ist ein Affront gegenüber Hunderten von RPK-Mitgliedern, die mit viel Engagement eine einwandfreie Arbeit leisten. Das Beispiel der RPK zeigt auf exemplarische Art und Weise, wie das bewährte Milizsystem laufend völlig unnötig untergraben wird. Änderungen sind dann angezeigt, wenn Missstände auftreten.

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass die Profis der grossen internationalen Treuhandfirmen das Debakel nicht zu verhindern mochten. Waren diese vielleicht gar nicht so unabhängig? Eine durch das Volk gewählte RPK bietet für mich mehr Gewähr für die Unabhängigkeit, als eine Revisionsfirma, die dringend auf Aufträge angewiesen ist.

Sachverstand, gepaart mit gesundem Menschenverstand und der Wille sich laufend weiterzubilden, sind Voraussetzungen, die für die Arbeit in der RPK nötig sind. Ein grosser Pluspunkt unseres Systems ist der Umstand, dass das Wissen aus dem Beruf in die Behördentätigkeit eingebracht wird. Es darf auch nicht sein, dass jeder Behörde noch externe Gremien zur Seite gestellt werden. Damit wird die Zuständigkeit und die Verantwortung verwässert. Zudem ist das Ganze mit zusätzlichen Kosten verbunden.

Festschreiben der Fachlichkeit in der Verfassung ist im Rückblick ein Fehler

Im Rückblick muss die Festschreibung der Fachlichkeit für die RPK in der Verfassung als nicht stufengerecht bezeichnet werden. Das Festschreiben von Anforderungen an Behörden in unserem System ist sehr gefährlich, denn es schränkt das passive Wahlrecht ein. Eventuelle Anforderungen an Behörden sind im Gesetz und in einer Verordnung zu regeln, die Verfassung ist dafür die falsche Ebene. Eine Änderung der Verfassung in diesem Punkt drängt sich auf. Einzelne Verfassungsräte haben in der Debatte im Kantonsrat den Eindruck erweckt, die Arbeit der Mehrheit des Verfassungsrates sei unfehlbar gewesen. Grösse zeigt sich jedoch oft darin, zu Fehlern zu stehen und diese zu korrigieren.

Wichtige Verordnungen sind durch den Kantonsrat zu genehmigen

In der Verordnung über den Gemeindehaushalt sind wichtige Grundsätze zu Haushaltführung, Bewertungen, Abschreibungen, Voranschlag, Jahresrechnung und Haushaltkontrolle festgehalten. Sie ist für alle Gemeinden und Zweckverbände von grosser Bedeutung.

In dieser Verordnung sind auch die Stellung, die Aufgaben und die Anforderungen in Bezug auf die Fachkunde der Rechnungsprüfungskommission geregelt. Änderungen und Erlass der Verordnung liegen heute vollumfänglich in der Kompetenz der Regierung. Die wichtige Rolle, die dabei der federführenden Direktion zukommt, ist uns allen bekannt. Der Kantonsrat hat dazu nichts zu sagen. Dies muss korrigiert werden!

Mit der vorläufigen Unterstützung der PI 95/2009 mit 117:0 Stimmen hat der Kantonsrat zum Ausdruck gebracht, dass er dies ändern will. Es ist notwendig, dass der Kantonsrat generell über wichtige Verordnungen befindet. Die Macht der Verwaltung und der Regierung muss in diesem Punkt eingeschränkt werden.

Mit der vorläufigen Überweisung der beiden parlamentarischen Initiativen hat der Kantonsrat seine Chance wahrgenommen, in der Frage in Bezug auf die Fachlichkeit der RPK, korrigierend einzuwirken.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… den Jahresbericht 2008 der Universität einstimmig genehmigt.	😐
… den Jahresbericht 2008 der Zürcher Fachhochschule einstimmig genehmigt.	😐
… ein Postulat betreffend Verzicht auf neue Eigenmietwertbesteuerung für das Jahr 2010 für dringlich erklärt.	☺
… eine parlamentarische Initiative betreffend Änderung des Gemeindegesetzes vorläufig unterstützt.	☺
… eine parlamentarische Initiative betreffend Änderung der Kantonsverfassung vorläufig unterstützt.	☺
… eine parlamentarische Initiative betreffend Exmatrikulation von Studierenden, die Gastreferenten der Universität am Referieren hindern, nicht unterstützt.	☹

16.11.09

Gut Schlafen

GS Möbel ist seit 40 Jahren *das* Bettenfachgeschäft für gesundes Schlafen und gediegene Wohnkultur.

Hier finden Sie die besten Marken für Betten, Matratzen, Bettsofas und Pflegebetten. Parkplätze vorhanden! Beratung auch bei Ihnen zuhause.

superba Schweizer Schlafkultur · riposa SWISS SLEEP

Zähringerstr. 32, 8001 Zürich, 044 251 11 84
Büro im Zürcher Oberland: 044 938 10 10
www.gsmoebel.ch Montags geschlossen

Gesund Schlafen. GS MOEBEL

REGIERUNGSRATSERSATZWAHL VOM 29. NOVEMBER

«Ernst Stocker ist prädestiniert für das Regierungsratsamt»

Der HEV Kanton Zürich unterstützt die Regierungsratskandidatur von Ernst Stocker. Hans Egloff, Präsident des Verbandes, gibt im Gespräch Auskunft über die Beweggründe sowie die Erwartungen an einen Regierungsrat Ernst Stocker.

Zürcher Bote: Der HEV hat eine offizielle Wahlempfehlung für Ernst Stocker herausgegeben. Weshalb?

Hans Egloff: Am 29. November steht eine Richtungswahl an. Als bürgerlich ausgerichteter Verband ist es für den HEV zentral, dass wir die bürgerliche Mehrheit in der Regierung konsolidieren können. Nur eine bürgerliche Mehrheit kann garantieren, dass wir bei Steuern, Gebühren und Abgaben Stabilität beibehalten und – wo möglich – die Belastungen senken können. Deshalb war für uns sofort klar, dass wir Ernst Stocker unterstützen. Da er selbst auch Mitglied unseres Verbandes ist, sind wir überzeugt, dass er für unsere Anliegen sensibilisiert ist und diese glaubwürdig vertreten kann.

Zürcher Bote: Sie selbst kennen Ernst Stocker auch aus Ihrer Tätigkeit im Kantonsrat. Wie erleben Sie ihn?

Hans Egloff: Ernst Stocker verfügt über einen ungemein grossen Erfahrungsschatz als Legislativ- und Exekutivpolitiker, den er gekonnt einzusetzen weiss. Er muss nicht laut schreien, um gehört zu werden, und ist ein absoluter Machertyp. Somit ist er prädestiniert für das Regierungsratsamt.

Zürcher Bote: Welche Erwartungen haben Sie an Regierungsrat Ernst Stocker?

Hans Egloff: Wir haben Ernst Stocker über lange Jahre als verlässlichen Partner für bürgerliche Anliegen erlebt. Wir erwarten von ihm, dass er diese Verlässlichkeit auch als Mitglied der Regierung an den Tag legen wird, wobei ich da überhaupt keine Zweifel habe.

Zudem erhoffen wir uns insbesondere ein offenes Ohr für die Anliegen der Hauseigentümer. Dies auch im Hinblick auf unsere Volksinitiative «Grundstückgewinnsteuer – JA, aber fair!», die wir vor Kurzem eingereicht haben.

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Gabriela Münger-Bachofner

Alter:	*37 Jahre*
Beruf:	*selbst. Unternehmerin eines Partyservices und Geschäftsführerin einer Bauspenglerei*
Gemeinde:	*Illnau-Effretikon*

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?
Nach meiner Wahl 2004 als Gewerbevereinspräsidentin bin ich auf meinen Wunsch unverzüglich SVP-Mitglied geworden. Mir war und ist die Vertretung für das Gewerbe in der Politik auf bürgerlicher Seite ein Hauptanliegen und die SVP entspricht voll und ganz meiner Gesinnung und meinem Gedankengut. Ich fühle mich wohl und sicher aufgehoben und ebenso getragen in dieser Partei, auch bin überzeugt am richtigen Ort zu sein.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?
Als gebürtige «Illauerin» und Gemeinderätin sowie Präsidentin des Gewerbevereins bin ich stark verankert und involviert in der Gemeinde. Durch diverse erfolgreiche Vorstösse bin ich enorm motiviert, mein Engagement noch zu intensivieren. Durch Leserbriefe in verschiedensten Zeitungen stelle ich meine Meinung und die der SVP gerne deutlich klar und kämpfe damit und durch öffentliche Stellungnahmen für intensive Beachtung von bürgerlichem wie gewerblichem Gedankengut. Meine politische Leidenschaft etwas bewegen zu können, stärkt mich in der neuen Herausforderung durch die Nomination für die Stadtratskandidatur.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?
Unser Land muss weiterhin eigenständig und glaubwürdig bleiben oder besser wieder werden. Die Eigenverantwortung der Bürger soll zwingend gefördert werden. Verstaatlichungen dürfen nicht noch weitere vorgenommen werden. Keine weiteren einseitigen Vorschriften und Forderungen sollen mehr Platz finden durch linkslastige Politik gegenüber Familien und Gewerbe. Bereits bestehende unsinnige Gesetzgebungen sollten auf eine solide und gesunde Basis reduziert werden. Selbst aber müssen solche Problematiken auf Gemeindeebene ebenso umgesetzt werden können.

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?
Für mich gelten linientreue und sachorientierte Politiker, die durch ihr unbürokratisches Handeln und ihrem gesunden Gespür für Wesentliches wie auch Zukunftweisendes sich verpflichten, ihrem Einsatz als würdig. Ihnen gebührt mein höchster Respekt.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?
Für die kommenden Wahlen im März 2010 setze ich meine Stärken und Kräfte gezielt ein, um das durch die SVP-Mitglieder von Illnau-Effretikon formulierte Ziel, einen dritten Stadtratssitz erzielen, zu erreichen. Durch meine Kandidatur bin ich hochmotiviert, einen zwingend nötigen bürgerlichen Sitz in unserer linkspolitischen Gemeinde zu gewinnen, um damit ein bedeutendes Gleichgewicht in der Exekutive hervorzubringen.

LESERBRIEFE

Kruzifix oder Minarett?

Sie erinnern sich, vor einigen Jahren wurde ein Gerichtsverfahren durch alle Gerichts-Instanzen bis ans Bundesgericht gezogen. Der Streitpunkt war das Kruzifix in einem Schulzimmer in unserem Land. Weil das Kreuz, das Symbol der Christenheit, die Gefühle der muslimischen Kinder verletzen könnte, dürfe das Kruzifixe nicht mehr im Schulzimmer aufgehängt werden. So lautete das Urteil und die Begründung unseres Bundesgerichtes in Lausanne. Könnte es sein, dass die Minarette unsere Gefühle auch verletzen und welches Gericht würde dann uns schützen? Oder müssen wir einfach zweierlei Recht in unserem Land hinnehmen und dulden? Wehret den Anfängen, gehen Sie an die Urne und stimmen Sie entschieden Ja zur Minarett-Initiative!

Paul Boegli, Bergdietikon

Das Schweizerkreuz und die Minarette

Die Bundesverfassung basiert auf dem christlichen Glauben und das Kreuz auf unserer Nationalfahne steht als klares Zeichen für unsere christlich-abendländische Grundhaltung. Leider ist das vielen Bewohnern und Gästen in unserem schönen Land viel zu wenig bekannt und es ist wichtig, dass endlich eine derartige Grundsatzdiskussion stattfinden kann.

Klar sind Kirchtürme auch ein Machtanspruch! Aber Sie sind ein berechtigter Machtanspruch für eine bei uns geltende Hausordnung. Nach Jahrhunderten andauernden, schrecklichen und blutigen Glaubenskriegen ist endlich eine Art Weltordnung eingekehrt und die möchten wir gerne behalten. Ein Infragestellen und zweifeln an dieser Hausordnung führt erneut in ein glaubensbedingtes Desaster.

Die Scharia, das Glaubens- und Gesetzbuch des Islam, toleriert keine andere übergeordnete Gesetzgebung und ist darum nicht vereinbar mit unserer Bundesverfassung und unserer Weltanschauung mit gleichberechtigten Paaren von Mann und Frau.

Eine zunehmende Ghettobildung, wie sie in Dänemark, England und Frankreich unaufhaltsam zu beobachten ist, führt zu rechtsfreien Räumen. Das Gesetz des jeweiligen Landes wird immer mehr durch die Scharia und die Richter durch Imame ersetzt und die Regierungen sind hilflos zum Zuschauen verdammt. Allein in Grossbritannien wurden in einem Jahr 7000 Urteile nach der Scharia gefällt!

Unser Schweizerkreuz steht für Freiheit, Unabhängigkeit und Toleranz, aber auch für (Schul-)Weihnachten, ein herzliches «Grüssgott» beim Wandern und gleichberechtigte Frauen und Mädchen ohne Burka im Schwimmbad und auf der Strasse. Darum sage ich überzeugt ja zum Minarettverbot.

Manfred Schürch, Thörigen

Minarett-Initiative – Es geht um viel

Meiner Ansicht nach geht es bei dieser Initiative nicht darum, einer religiösen Minderheit ein paar Türmchen zu verwehren, sondern einzig darum, eine jeglicher demokratischen Gesinnung Hohn sprechende Ideologie einmal in die Schranken zu weisen, bevor es zu spät ist. Das Minarett ist unbestritten ein Symbol für religiösen und politischen Machtanspruch einer rückständigen Rechtsordnung und eigentlich nur die Spitze eines Eisbergs, was bedeutet, dass damit erobertes Territorium markiert wird, wo fortan das Wort Mohammeds gilt. Mit einem Symbol trifft man logischerweise auch die Substanz. Eine Annahme der Initiative würde somit mit ebensolcher Symbolkraft bedeuten, dass eine Mehrheit des Schweizervolkes immer unverschämter vorgetragene Forderungen nach islamischen Sonderrechten wie der Scharia vehement ablehnt und endlich ein Zeichen setzen will. Der Islam ist keine friedfertige Religion wie beispielsweise Buddhismus oder Hinduismus, sondern eine missionarische Ideologie mit dem Anspruch, alleinige Staatsreligion zu sein. Jegliche Toleranz von Seiten «politisch korrekter» Politiker wird von einer Bewegung mit Absolutheitsanspruch höchstens belächelt und als Schwächezeichen ausgelegt. Viele Zitate im Koran bezeugen unwidersprüchlich, dass nicht nur die Frau, sondern auch andere Religionen wie das Christentum gering geschätzt werden. Was sollen etwa Aussagen im Koran wie «Erschlagt sie (die Ungläubigen), wo immer ihr auf sie stösst, und so sie den Rücken kehren, ergreift sie und schlagt sie tot» oder dass ein Ehemann bei Ungehorsam der Ehefrau gemäss Sure 4, 34 zum Mittel der Züchtigung greifen soll? Wie soll sich ein gläubiger Moslem in der Schweiz verhalten, wenn er den Koran liest? Wohlverstanden, es geht momentan nicht um die Zehntausende friedfertiger Zuwanderer, vorwiegend aus dem Balkan und der Türkei, die jeden Tag ihre Arbeit verrichten und natürlich auch ihre Religion ausüben dürfen. Trotzdem frage ich mich, dürfen wir Christen in unserem eigenen Land auch Toleranz erwarten, wann wir in nicht allzu ferner Zukunft dank Geburtenüberschüssen und fortdauernder Zuwanderung einmal in der Minderheit sind? Im Lichte dieser düsteren Zukunftsperspektiven ist für mich der missionarische Islam in der Schweiz eine unberechenbare Zeitbombe. Allerdings noch mehr Sorgen bereitet mir die Einstellung von politischen Parteien, Kirchen und Hilfswerken in der Schweiz, die einseitige Toleranz und Permissivität bis zur Verblödung predigen. Wenn wir auf solche Leute hören, zerbrechen wir längerfristig als selbständige, christliche Nation an uns selbst.

Robert Nieth, Walchwil

Regierungsratswahlen

In Zürich wird gewählt
und jede Stimme zählt,
drum Bürger überlegt euch gut,
was ihr in die Urne tut.
Aus meiner ganz privaten Sicht
wähle ich den Jositsch nicht.
Dieser Mann, der will nach oben
und ist schon ziemlich abgehoben,
denn wohl seine nächste Tat
ist ein Sitz im Bundesrat.

Ernst Stocker heisst für mich der Mann,
der auch wirklich etwas kann.
Wir brauchen Leute, die es wagen,
die Wahrheit klar zu sagen.
Stocker ist ein Mann der Tat
und passt in den Regierungsrat,
drum werde ich zur Urne gehen
und auf dem Zettel wird Stocker stehen.
Freunde rafft euch alle auf,
schreibt ebenfalls den Stocker drauf.

Ruedi Gysi, Uster

Ihr Partner im Zürcher Unterland und Grossraum Winterthur

MICHELIN — MULTIBIB — NEU
• Breitreifen Serie 65
• für Schlepper bis 200 PS
• bodenschonend

Kleber — FITKER
• Breitreifen Serie 70
• starke Zugkraft
• hoher Fahrkomfort

PNEUHAUS WEGMANN
Pneuhaus Wegmann AG
Ringstrasse 2
8317 Tagelswangen
Tel. 052 343 11 68
Fax 052 343 67 32
info@pneuhaus-wegmann.ch

reise·forum meilen ag
das persönliche reisebüro
Reise-Forum Meilen AG
Kirchgasse 53 · CH-8706 Meilen/Schweiz
Telefon 044 925 21 51
Telefax 044 923 11 33
e-mail: info@reiseforum.ch
Inhaber: Reto Tobler
Präsident SVP Herrliberg
Wollen Sie «Luxuriös sparen»? Wir haben eine Broschüre mit Top-Produkten, mit Preis-Reduktionen bis 44%, gültig bis 31. März 2010.
lokal verwurzelt – weltweit aktiv
Wir sind Mitglied: Schweizerischer Reiseverband, IATA, REISEGARANTIE garantiert hin und zurück

Studien bestätigen jetzt:
85% aller Krankheiten
sind auf einen **ungesunden Schlafplatz** zurückzuführen!
Jetzt Schlafplatz testen lassen
Abklärung und Sanierung durch:
Geo-Klimatik, Tel. 044 821 33 15
30 Jahre Erfahrung / Garantie

Für Inserate
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
inserate@zuercher-bote.ch

Die Profis vom Land
Personal- und Arbeitskräfte (alles Landwirte) für
Gewerbe · Bau · Industrie · Gartenbau
tage- oder wochenweise, Temporäreinsatz
Tel. 055 251 41 41 · info@mrzo.ch
Maschinenring

MINARETTE ÜBER ALLES?

Die etwas andere Art der Eroberung

In der Schweiz wird am 29. November an der Urne über die Initiative «Gegen den Bau von Minaretten» entschieden. Ein Blick ins Ausland lohnt sich diesbezüglich. Auf deutschem Boden befinden sich mittlerweile geschätzte hundert Minarette; wo sie errichtet wurden, etablierten sich in der Regel sogenannte NoGo-Aereas und Parallelgesellschaften, während die Einheimischen die Koffer packten. Wo ein Minarett gebaut wurde, ging früher oder später auch ein Gesuch für den Ruf des Muezzins ein. Im niederländischen Amsterdam ist der lautsprecherverstärkte Aufruf zum Gebet am Freitag schon lange zu hören.

B. STEINEMANN
KANTONSRÄTIN
WATT-REGENSDORF

Seit Anfang August ragt nun in Dortmund ein 24 Meter hohes Minarett in den Himmel. Der Errichtung des 65 000 Euro teuren Turmes ging ein zweijähriger Streit zwischen der Bevölkerung und dem islamischen Kulturverein voraus, der letztlich mit dem Kompromiss endete, dass die ersten sechs Jahre kein Muezzinruf erfolgt.

«Das ist ein Zeichen dafür, dass wir uns dauerhaft niederlassen», kommentiert der Präsident der gerade mal 470 Mitglieder zählenden Moschee-Eigentümerin. Dass die Bauherrin ein befristetes Gebetsausruf-Moratorium anbot, kommentiert der städtische Pfarrer als grosses Zeichen des Entgegenkommens zur Nachbarschaft und betont: «Viele vergessen, dass die Muslime ein Recht wahrnehmen, das ihnen gesetzlich zusteht.» Der Verein verzichte freiwillig auf ein Grundrecht.

Keine Chance für Einsprachen

In der Schweiz wird über das angebliche Grundrecht bekanntlich am 29. November an der Urne entschieden. Auf deutschem Boden befinden sich mittlerweile geschätzte hundert Minarette; wo sie errichtet wurden, etablierten sich in der Regel NoGo-Aereas und Parallelgesellschaften, während die Einheimischen die Koffer packten.

Schweizweit bestehen vier der Gebetshaus-Türme. Seit 1963 befindet sich ein Minarett an der Forchstrase in Zürich. Seine Eigentümerin, die Achmadyia-Bewegung, floh einst aus Pakistan vor anderen, verfeindeten Moslemgruppen, ihre Mitglieder kamen einst als Asylbewerber hierher.

Seit 1978 verfügt die grosse Moschee in Genf über einen umstrittenen Turm. Sie gehört den Wahhabiten, einer konservativen, fundamentalistischen Muslimvertretung aus Saudi-Arabien. Die Wahhabiten und ihr Eroberungsfeldzug in Europa wurden von den Saudis mit geschätzten 12 Mia. Euro unterstützt.

Das dritte Schweizer Minarett in Winterthur wurde vor rund drei Jahren im Anzeigeverfahren bewilligt. Damit ist die initiativgegnerische Behauptung, dass wir uns gegen Baugesuche von Minaretten mit Rechtsmitteln wehren könnten, widerlegt; das Anzeigeverfahren kennt bekanntlich keine Einsprachemöglichkeit.

In Wangen bei Olten findet sich bis heute niemand im Dorf, der einen Gebetsturm haben will, trotzdem steht er seit vier Monaten: Nachdem die lokalen Behörden das Baugesuch abgelehnt haben und der türkisch-kulturelle Verein Beschwerde führte, hat dann das Bundesgericht die Bewilligung erteilt. Die Eigentümerin bekennt sich zu den Grauen Wölfen, einer rechtsextremen, türkischen Kampforganisation.

Minarette markieren Präsenz und vermitteln im öffentlichen Raum für alle sichtbar die Botschaft: Der Islam ist hier angekommen und will im öffentlichen Leben eine Rolle spielen, ein gewisser Teil ihrer Anhängerschaft will sich nicht mehr mit der Ausübung ihrer Religion zufrieden geben, sondern vermehrt Ansprüche an die Gesellschaft stellen. Der Islam und seine Ansprüche sind für Staat, Gesellschaft (und besonders auch für die durch seltsame Tatenlosigkeit reagierenden christlichen Kirchen) zur grössten Herausforderung abendländischer Wertvorstellungen im 21. Jahrhundert geworden.

Die Mängel der islamischen Doktrin

Gutmeinende Schweizer blocken jegliche Diskussion mit dem Hinweis ab, wir würden mit einem Verbot gegen die Religionsfreiheit verstossen. Jene Religionsfreiheit notabene, die vom Islam kategorisch abgelehnt wird und jene Menschenrechte, welche in keinem der rund 44 islamischen Staaten eingehalten werden. Die meisten Moscheen sowohl in Europa als auch in arabischen Staaten verfügen nicht über ein Minarett; Muslime können dort genauso ihren Glauben ausüben. Wie soll dann hier bei Bauverbot die Religionsfreiheit verletzt sein? In 1400 Jahren Islam und mit einer Milliarde Muslimen weltweit gibt und gab es kein einziges Beispiel einer muslimischen Initiative, um ihre Verhältnisse in Demokratie, Rechtsstaaten und Menschenrechts-Verfassungen, die unseren Rechtsvorstellungen entsprechen, umzuwandeln. Nichts spricht für den Islam, wenn man diese Massstäbe an ihn legt.

Plattform des Muezzins

Ein Minarett ist die Plattform des Muezzins. Behauptungen, wonach hierzulande der Ruf eines Muezzins ertönen würde, werden durch die Vorgänge im nahen Ausland der Boden entzogen. Wo ein Minarett gebaut wurde, ging später auch ein Gesuch für den Ruf des Muezzins ein. Im niederländischen Amsterdam ist der lautsprecherverstärkte Aufruf zum Gebet am Freitag schon lange zu hören. 2006 hatten sich die Moslems im holländischen Leiden und im britischen Birmingham das Recht auf öffentliche Aufforderung zum Gebet gerichtlich erstritten.

Gegen alle Widerstände aus der Bevölkerung bewillige die Stadt Rheinfelden nahe der Schweizer Grenze vor vier Jahren ein 21 Meter hohes Minarett. Bedingung der Behörden war der Verzicht auf einen öffentlichen Gebetsruf. Letzte Woche hatten die Muslime eigenmächtig ihre Moscheesäule mit Lautsprechern ausgestattet und damit Tatsachen geschaffen; der Bürgermeister sieht sich nun im Vertrauen getäuscht. Die Realität hat mehrfach belegt, dass Muslime Minarette nicht einfach zur Dekoration bauen. Wir tun gut daran, die Entwicklung in den umliegenden Staaten genau zu beobachten, genauer, als es unsere Medien tun.

Kontroversen um den Bau von Minaretten sind Teil wachsender Konflikte und Debatten im abendländischen Europa. Sie stehen dabei als Symbole für den aggressiven, totalitären Teil dieser, im Gewand einer Religion daherkommenden Ideologie. Es ist die Weigerung von Teilen der Einheimischen, sich mit den unerwünschten Einflüssen des Islams auseinanderzusetzen, die aus falsch verstandener Toleranz dem Vordringen eines fundamentalistischen und fanatischen Islamverständnisses Vorschub leisten, anstatt sich mit dessen Defiziten auseinanderzusetzen – mit fatalen Folgen für unsere Gesellschaft, insbesondere für die Frauen.

Einladung zum öffentlichen Chlaushöck 2009
Donnerstag, 3. Dezember 2009
14.30 – 17.00 Uhr

Ort Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Pavillon, 8038 Zürich – Wollishofen.

Erreichbar mit dem **VBZ Bus 33** ab Waffenplatzstrasse oder Morgental
oder mit **VBZ Bus 66** ab Haltestelle Sihlstrasse am Pelikanplatz
beide bis Haltestelle Thujastrasse, von dort zu Fuss auf dem Weg bei Haus Nr. 70 (Wegweiser)
oder ab **Hauptbahnhof mit der Sihltalbahn S4** bis Haltestelle Brunau, von dort die Treppe hoch und schon sind Sie da.

Zeit Donnerstag, 3. Dezember 2009, 14.30 – 17.00 Uhr

Programm Die beiden Stadtratskandidaten der SVP Stadt Zürich

Mauro Tuena und Dr. med. Karl Zweifel

stellen sich vor und erklären uns, wie sie sich im Stadtrat für die Anliegen der Generation 60+ einsetzen würden.

Anschliessend gemütliches Beisammensein bei Kaffee und einem Stück Torte.

Liebe Mitglieder und Freunde des Vereins für aktive Senioren

Der Vorstand freut sich, Ihnen in diesem Jahr einen weiteren geselligen Anlass anbieten zu können und hofft natürlich auf einen regen Besuch.
Nehmen Sie Ihre Freunde und Bekannten ebenfalls zum Chlaushöck mit.

Mit freundlichen Grüssen Der Vorstand

Vorschau: Im Jahr 2010 findet aus bekanntem Grund kein Preisjassen statt.

www.blog.zanetti.ch

TERMINE 2010

Dienstag	5. Januar	Büro der Parteileitung	
Dienstag	12. Januar	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten	
Dienstag	12. Januar	Parteileitung / Kantonalvorstand	
Freitag	15. Januar	Albisgüetli-Tagung	Zürich
Samstag	23. Januar	Eidg. Delegiertenversammlung	Stans (NW)
Mittwoch	27. Januar	Kant. Delegiertenversammlung	**neues Datum**
Samstag	20. Februar	10. Jass-Cup SVP Schweiz	Innerschweiz
	1. bis 19. März	Frühlingssession	
Sonntag	**7. März**	**Eidg. und kantonale Volksabstimmung**	
Dienstag	13. April	Büro der Parteileitung	
Dienstag	20. April	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten	
Dienstag	20. April	Parteileitung / Kantonalvorstand	
Samstag	1. Mai	Eidg. Delegiertenversammlung	Glarus
	3. bis 7. Mai	Sondersession	
Dienstag	4. Mai	Kant. Delegiertenversammlung	
	31. Mai bis 18. Juni	Sommersession	
Sonntag	**13. Juni**	**Eidg. und kantonale Volksabstimmung**	
Montag	21. Juni	Fraktionsausflug (1. Möglichkeit) provisorisch	
Dienstag	22. Juni	Büro der Parteileitung	
Samstag	26. Juni	Eidg. Delegiertenversammlung	Delémont (JU)
Dienstag	6. Juli	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten	
Dienstag	6. Juli	Parteileitung / Kantonalvorstand	
Samstag	17. Juli	4. SVP-Grümpelturnier	Winterthur
Dienstag	24. August	Kant. Delegiertenversammlung	
Samstag	28. August	Eidg. Delegiertenversammlung	Zug
	13. Sept. bis 1. Okt.	Herbstsession	
Fr/Sa/So	10./11./12. September	SVP-Schiessen	Bezirk Dielsdorf
Montag	20. September	Fraktionsausflug (2. Möglichkeit) provisorisch	
Sonntag	**26. September**	**Eidg. und kantonale Volksabstimmung**	
Dienstag	28. September	Büro der Parteileitung	
Dienstag	5. Oktober	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten	
Dienstag	5. Oktober	Parteileitung / Kantonalvorstand	
Dienstag	19. Oktober	Kant. Delegiertenversammlung	
Sonntag	**28. November**	**Eidg. und kantonale Volksabstimmung**	
	29. Nov. bis 17. Dez.	Wintersession	
Montag	13. Dezember	Fraktionsessen Kantonsrat	

2.4./Karfreitag 5.4./Ostermontag 19.4./Sechseläuten 13.5./Auffahrt 24.5./Pfingstmontag 13.9./Knabenschiessen

Fadegrad

Humankapital?

VON ROLF A. SIEGENTHALER

«Wenn ich mal gross bin, werde ich Humankapital» steht auf einem Transparent der Organisation Univonunten. Ihre Anhänger besetzen gerade das Auditorium Maximum der Universität Zürich. Demonstriert wird gegen so ziemlich alles. Zu viele Studenten, die «Ökonomisierung» der Universität, Verschulung, zu hohe Studiengebühren, mögliche Einschränkungen bei der Studienzulassung, schlechte Professoren, Präsenzkontrollen, administrative Schikanen und das schlechte Wetter. Alles wird unter der Bezeichnung «Bologna-Reform» zusammengefasst. Nun hat ja der Schreibende auch schon Vorbehalte gegenüber dieser Reform angebracht. Was nun aber von diesen Protestierenden zusammengemischt wird, kann auf keinen Fall alles dem Bologna-System angelastet werden. Dass die Zahl der Studierenden binnen 25 Jahren, von 1980 bis 2005 sich verdoppelt hat, wobei die Studenten an den Fachhochschulen noch hinzukommen, hat mit Bologna nichts zu tun. Diese Reform erfolgte später. Selbstverständlich ist es teurer, wenn 200 000 in der Schweiz studieren, als wenn das 60 000 tun. Und selbstverständlich steigt damit auch der Druck auf den einzelnen Studenten. Das menschliche Hirn soll seit etwa 100 000 Jahren in etwa die heutige Ausprägung angenommen haben. Es ist kaum anzunehmen, dass wir in den letzten dreissig Jahren doppelt so intelligent geworden sind. Wenn heute mehr als doppelt so viele Leute studieren können als 1980, dann viel eher weil die Anforderungen in den Maturitätsprüfungen gesenkt wurden. Wie mit dieser riesigen Flut neuer Studierenden umgegangen werden soll, ist noch nicht gelöst. Insbesondere stellt sich ja auch die Frage nach der Finanzierbarkeit. Woher die Demo-Studis die Idee nehmen, die Uni befinde sich im Würgegriff der Wirtschaft, ist vollends schleierhaft. Die Universität wird aus öffentlichen Geldern bezahlt. Der Löwenanteil kommt vom Kanton Zürich (477 Mio. im Jahr 2007, wurde 2008 auf 505 Mio. erhöht) 55 Mio. kommen von Bund und Kantonen. Der Nationalfonds leistet Beiträge an Forschungsprojekte. Nur ein kleiner Betrag darf heute aus der Wirtschaft kommen. Dabei wäre genau das eine sinnvolle Möglichkeit, privat finanzierte Professuren zu schaffen. Gerade hier würde Potenzial der zielgerichteten Forschung auf wirtschaftlich verwertbare Produkte liegen. Selbstverständlich darf die freie Grundlagenforschung nicht vernachlässigt werden, aber wenn schon die Studenten einen Beitrag an die Wirtschaft leisten, können sie sich später auch besser dort integrieren. Damit würden sie tatsächlich Humankapital, was schliesslich der Gesellschaft zugute käme, die sie finanziert. Eines müssten sie zuvor aber noch lernen: Persönlichen Mut nämlich. Die Hörsaal-Besetzer wollen weder mit ihren Namen, noch mit ihrem Bild in der Zeitung erscheinen. Das spricht nicht gerade für Zivilcourage.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Zirkus im Rat – wenn sich das Karussel im Leerlauf dreht

Wieder einmal gab es eine Zirkusnummer im Gemeinderat: Mehr als die Hälfte der Ratszeit wurde verhökert mit dem Nachexerzieren nicht ausgeführter Arbeiten aus früheren Sitzungen. Schliesslich blieb dann noch eine Stunde zum Abarbeiten der überquellenden Vorstösse aus dem Polizeidepartement. Wenn das so weitergeht, wird der Rat im nächsten Jahr noch oft in Nachtsitzungen nachsitzen müssen.

B. IM OBERDORF GEMEINDERAT ZÜRICH

Es war eigentlich ein Skandal, als die Weisung zum zinslosen Darlehen zur «Defizitdeckungsgarantie für die Europameisterschaften 2014» das erste Mal in den Rat kam: Man drehte sich da weit über die Hälfte der Ratssitzung im Kreis, weil die Weisung in der vorberatenden Kommission dermassen mangelhaft vorbereitet wurde, dass schliesslich im Rat eine eigentliche Kommissionssitzung stattfand und alle Gemeinderäte mit der Uneinigkeit der Vorbereitungsequipe auf eine zweifelhafte Art unterhalten wurden. Diese Zirkusnummer gipfelte dann darin, dass von Seiten der SP gar noch beantragt wurde, für einige Minuten eine Auszeit zu nehmen – ein Vorgehen, dass im Notfall nur in Kommissionssitzungen zur Anwendung kommt. Und nun stelle man sich vor, dass der ganze Rat in eine Zwangspause geschickt wird, weil die vorberatenden Kommissionsmitglieder nicht wissen, was sie wollen.

Dass es dennoch nicht zu diesem Spektakel kam, war dem Ordnungsantrag zuzuschreiben, der einen Abbruch der Diskussion und eine Rückweisung der Vorlage an die Kommission verlangte. So kam es – und daher musste der Rat später, also heute, wieder bei Adam und Eva beginnen und parlieren, um schliesslich die Vorlage mit überwältigendem Mehr gutzuheissen.

Nach diesem Nachexerzieren reichte die Zeit noch für die Behandlung von drei zusammenhängenden dringlichen Vorstössen zum Bau und provisorischen Pavillons im Schulhaus Ruggächer. Dies war die Domäne von **Ruth Anhorn** und **Bruno Sidler** aus der SVP: Die differenzierten Voten brachte Bruno Sidler seinerseits auf den Punkt mit der Feststellung, dass die schulische Versorgung der Kinder gewährleistet sei und dass jene, die nur lästern und das Gegenteil behaupten, bloss unnötig Angst verbreiten.

Datenschutz – Schutz der Kriminalität?

Schliesslich eröffnete ein SVP-Postulat von **Roger Bartholdi** und **Bernhard im Oberdorf** den Reigen der Vorstösse aus dem Polizeidepartement. Dabei ging es darum, dass in den Radarkästen auch eine Nummernerkennung eingebaut werde, um gesuchte Fahrzeuge – darunter auch gestohlene – rasch ausfindig machen und anhalten zu können. Roger Bartholdi vermochte den Sinn so gut darzulegen, dass auch die EVP und die CVP eine Unterstützung signalisierten, derweil die rotgrüne Seite wieder einmal einen vermeintlichen Datenschutz über alles setzte, so nach dem Motto: «Datenschutz für Kriminelle, auf dass sie zur Kriminalität motiviert werden», Worte, die der Schreibende so der Linken vor den Latz ballerte; und er konterte das grüne Gejammer damit, dass es ja absolut möglich wäre, dass Galionsfiguren der Grünen hingehen und den Verkehr auf Video aufnehmen, um beispielsweise die Fahrer von Offroadern ausfindig zu machen. Da wären dann die Nummern womöglich auf alle Ewigkeit hinaus gespeichert und könnten gar via DVD und Internet in die ganze Welt verbreitet werden.

Zwei Stimmen fehlten schliesslich wegen Absenzen in mehr als nur einer bürgerlichen Fraktion, um eine Mehrheit zu gewinnen für die Überweisung des Postulates an den Stadtrat. Da dieser aber das Postulat entgegengenommen hätte, kann das Anliegen des Vorstosses dennoch verwirklicht werden.

Interessant war auch, wie in der Antwort zur dazugehörenden Interpellation, die wegen dem langen Liegenbleiben – bis zur Behandlung verging fast eine ganze Legislatur – wie viele andere abgeschrieben worden war, darauf hingewiesen wurde, dass man solche Nummernabgleiche auch dazu verwenden könnte, Alarmfahndungen bei Fahrzeugen mit ausländischen Kontrollschildern auszulösen, deren Fahrer oder Fahrerinnen in der Schweiz noch ungezahlte Bussen offen haben. Doch da wird man den Sinn für das Wesentliche nicht verlieren dürfen – man stelle sich vor, dass eine ganze Reihe von Polizeiwagen mit Sirene und Blaulicht einem Fahrzeug nachprescht, bei dem eine banale Parkbusse noch offen ist – und dass die Polizei dabei wichtigere Einsätze im Rahmen der Sicherheit verpasst – so wie es die derzeitige Bussenregie generell mit sich bringt.

Parolen zur Volksabstimmung vom 29. November 2009

Städtische Vorlagen

Stadtpark Hardau, Objektkredit von 13,23 Mio. Franken	**NEIN**
Neues Organisationsmodell für die Sozialhilfe in der Stadt Zürich, Änderung der Gemeindeordnung	**JA**
Elektrizitätswerk, Erhöhung des Objektkredites von 19,89 Mio. Franken um 18,81 Mio. Franken auf 38,7 Mio. Franken für eine zweite Bohrung zur Erforschung der Geothermienutzung und zur Erschliessung des Wärmepotenzials im Triemli-Quartier sowie für den Bau einer Energiezentrale	**NEIN**
Volksinitiative «40 Meter sind genug»	**NEIN**

SVP der Stadt Zürich

Wettbewerb: Mitglieder werben neue Mitglieder

Ein wichtiger Faktor für den Erfolg einer Partei ist die Stärke der Partei-Basis, d.h. die Anzahl ihrer Mitglieder. Im Hinblick auf die Wahlen vom 7. März 2010 wollen wir die Basis verstärken und weitere Mitglieder für die SVP-Politik begeistern.

Wer kann Menschen besser dazu motivieren, bei der SVP mitzumachen, als bestandene Mitglieder, die von der SVP-Politik überzeugt sind?

Deshalb rufen wir Mitglieder zur aktiven Mitarbeit auf, in ihrem persönlichen Umfeld neue Mitglieder für die SVP zu werben. Zusätzliche Anreize für das Engagement bei der Neu-Mitglieder-Werbung bietet der ab jetzt lancierte Neu-Mitglieder-Wettbewerb, der bis zu den Wahlen 2010 läuft.

Einen Hauptpreis gewinnen die vier Personen, die bis zu den nächsten Wahlen am meisten Neu-Mitglieder geworben haben.

Was ist zu tun?

Werben Sie neue Mitglieder und senden Sie die **ausgefüllten und unterschriebenen Beitritts-Erklärungen** an das Sekretariat der SVP Stadt Zürich. Leere Formulare sind beim Sekretariat erhältlich.

Einsendeschluss: 28. Februar 2010. Die Gewinner werden persönlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb kann keine Korrespondenz geführt werden.

Die Hauptpreise

1. Preis:
Zeppelin-Rundflug für 2 Personen
Rundflug mit dem Zeppelin (40 Minuten) ab Friedrichshafen (Wert 530 Euro).
Sponsorin:
Gemeinderätin Monika Erfigen

2. Preis:
Tête-à-Tête im exklusiven Lifestyle-Doppelzimmer mit Stadtsicht
Übernachtung inkl. romantischem 5-Gang-Schlemmermenü und Frühstücksbuffet im Hotel Uto Kulm auf dem Uetliberg im Wert von 405 Franken.
Sponsor: Giusep Fry, Inhaber

3. Preis:
Schlemmen à la carte
Restaurant Muggenbühl, 8038 Zürich-Wollishofen.
Gutschein Wert von 250 Franken.
Sponsor: Inhaber und SVP-Kantonsrat Ernst Bachmann.

4. Preis:
Fondueplausch für 2 Personen
Restaurant Burgwies, 8008 Zürich.
Gutschein im Wert von 100 Franken.
Sponsor: Inhaber Freddy Lee jun.

Die Monatspreise

Preise pro Monat:
Je zwei Gutscheine für Kino-Billette
Sponsorin:
SVP-Frauengruppe Stadt Zürich
Diese Preise gehen an jene Personen, die pro Monat am meisten Neu-Mitglieder geworben haben, und zwar in den Monaten November 2009, Dezember 2009, Januar 2010, Februar 2010

SVP der Stadt Zürich,
Postfach 6612, 8050 Zürich
Tel. 044 310 81 19 / Fax 044 310 36 62
E-Mail: sekretariat@svp-stadt-zuerich.ch

SVP der Stadt Zürich

Einladung zur Gemeinderats-Kandidaten-Tagung

Samstag, 28. November 2009,
9.00 bis 12.00 Uhr,
Restaurant Elefant, Zürich-Witikon

Programm:

1. **Stadtrats- und Gemeinderatswahlen 2010**
   Ausgangslage / Standortbestimmung / Zielsetzung
2. **Wahlwerbung Stadtrat / Gemeinderat**
   Werbe-Konzept, Grafik / Plakate, Prospekte, Inserate, Internet
3. **Standaktionen, Strassenaktionen, Veranstaltungen**
   Ausrüstung für Strassen- und Standaktionen
4. **Wahlkampf auf der Ebene der Kreisparteien**
   Praktisches Beispiel der Organisation der SVP Zürich 3
   Praktische Tipps für die lokale Wahlwerbung im Quartier
5. **Persönlicher Wahlkampf der Kandidaten**
   Tipps beim Auftreten an Aktionen, Versammlungen, im Kontakt mit Medien usw.
   Tipps für das Amt des Gemeinderates, für den Ratsbetrieb
6. **Diverses / Administratives**
   Kandidatenlisten / Kreisprospekt: Fotos, Texte / Diverses
7. **Persönliche Botschaft der Stadtratskandidaten**
8. **Diskussion / Motivation Schlusswort**

Teilnahme / Anmeldung:
Alle Kandidatinnen und Kandidaten sind zur Teilnahme eingeladen, für Personen auf den Listenplätzen 1 bis 6 aus jedem Wahlkreis ist die Teilnahme obligatorisch.

Anmeldungen bis spätestens 25. November 2009 per Mail oder Telefon an das Parteisekretariat: sekretariat@svp-stadt-zuerich.ch,
Telefon 044 310 81 19

Roger Liebi, Stadtparteipräsident

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Diverse Kühe und Rinder, infolge Aufgabe der Milchwirtschaft. Tel. 079 635 30 71.

Anbindevorrichtung De Laval, 22 Plätze inkl. Tränkebecken und Gummimatten. Tel. 079 635 30 71.

Zu verkaufen oder an die Fütterung zu geben **Kühe mit Milch**. Max Wyler, 8610 Uster, Tel. 044 940 18 19.

VW Golf Highline, Mod. 2003, silbermet., 155 000 km, frisch ab Kontrolle, Radio/CD/Tonband, 8-fach bereift, Alufelgen, Fr. 11 900.– (WIR-Anteil Fr. 7000.–), Tel. 079 355 11 89.

Elektro Motorsäge Jonsered El 14, 1400 Watt, 220 Volt, Fr. 100.–. Hans Ochsner, Schniedgasse 21, 8307 Ottikon, Tel. 052 345 14 14.

Günstig abzugeben: 2 neuwertige, abschliess- und abklappbare **Absperrpfosten** (ohne Sockel). Roland Greuter, im Bachtel 7, 8154 Oberglatt, Tel. 044 850 36 31.

Schöner kinderliebender **Ziegenbock**, 1,5-jährig; weiss gehörnte, frisch gekalbte **Kühe**, grosse Auswahl; **Traktor-Kindersitz**, Fr. 100.–, Tel. 052 385 13 90.

Zwei sehr schön gezeichnete **junge Zwergziegen** vom Sommer, männlich und weiblich, Tel. 044 926 73 75 (abends).

Immobilien: Möchten Sie Ihre Liegenschaft verkaufen? Ein unverbindliches Gespräch gibt Ihnen die Gewissheit, ob ich für Sie der optimale Partner bin. Ich freue mich auf Ihren Anruf, Tel. 079 680 99 35.

Wenn Ihnen Ihre Cholesterinwerte wichtig sind: gesunde Ernährung, ausreichende Bewegung und *Bios Life®*

Cholesterin

Unser pat. Produkt aus rein natürlichen Stoffen! In über 30 Ländern Millionen zufriedener Kunden! S.S. aus D: „Mein LDL sank in 5 Wochen von 7.4 auf 5.1!"

Rufen Sie uns jetzt an!

slimconcept **079 882 84 34**

Mais-Siloballen ab Platz oder geliefert, Kanton Zürich. Tel. 076 533 18 03.

ZU KAUFEN GESUCHT

Achtung! Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei. **044 822 26 11.**

Kaufe **Musikinstrumente, Handorgeln, Gitarren** usw. **Goldschmuck,** auch defekt, bezahle bar. Telefon 079 667 79 82.

Gesucht: **Bauland an guten Lagen.** Danke für Ihr Angebot! Bluto Immobilien AG, Bremgartnerstr. 27, 8953 Dietikon, Tel. 079 403 62 70, Stephan Camenzind.

BAULAND: Für die Arbeitsauslastung unserer treuen 140 Mitarbeiter und zur Realisierung von Wohnbauprojekten suchen wir Bauland. Marco Bereuter garantiert Ihnen eine speditive und kultivierte Abwicklung. **BEREUTER AG,** Schützenstrasse 55, 8604 Volketswil, Tel. 043 399 33 00.

WEITERBILDUNG

Sievi-Liegenschaftenbetreuungen: Ihr kompetenter Partner für Hauswartungen allgemein und Gewerbeliegenschaften; Umgebungsarbeiten, Gartenarbeiten; Reinigungen, Kleinreparaturen, Tel. 079 662 53 15, Sievi-Liegenschaftenbetreuungen.

STELLEN-ANGEBOTE

Maschinenring sucht **motivierte Leute,** die anpacken können, Raum Kanton Zürich für Landwirtschaft, Gartenbau, Bau, wochenweise oder länger, Tel. 055 251 41 41.

STELLEN-GESUCH

Suche Stelle als **Sachbearbeiterin,** Rechnungswesen, 100%, Grossraum Zürich. Wer kann mir helfen? Offerten an Heidi Tobler, Cholenmoosweg 1, 8942 Oberrieden, Telefon 044 721 05 60 / 076 370 05 60.

DIENSTLEISTUNG

Ein schöner Garten ohne viel Aufwand geht nicht? Geht doch! Die all4green GmbH installiert und wartet Bewässerungssysteme, Rasenroboter und Regenwasseranlagen. Interessiert an einer kostenlosen Offerte? Weitere Infos finden Sie unter www.all4green.ch. all4green gmbh, Christian Braunwalder, Im Tobel 4, 8340 Hinwil-Hadlikon, Tel. 044 260 11 33.

Restposten-Weinverkauf ab Hof oder Hauslieferung! Fam. J. Schneider, 8453 Alten, Tel. 052 317 16 47.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

IMMOBILIEN

Zu verkaufen in **Vals** im Haus Zervreila **renoviertes Studio.** Nähere Infos unter Tel. 044 221 11 12, Di–Fr. 9.00 bis 18.00 Uhr.

ZU VERMIETEN

Wohnung mit vielen Zimmern, Zürcher Oberland, Dorfrand, Tel. 044 954 21 52 oder 079 325 91 58.

ZU VERSCHENKEN

2 Stück Bruggenwaagen mit Pneus und Aufbauten. Tel. 079 409 55 39.

DIVERSES

Gehen Sie ins Altersheim? Wohnungsräumungen gratis oder Kauf des gesamten Inventars. Tel. 079 667 79 82.

Für Inserate

Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
inserate@zuercher-bote.ch

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

- zu verkaufen
- zu verschenken
- zu kaufen gesucht
- zu vermieten
- Freizeit/Kontakte
-

Anzahl der Erscheinungen ____ mal

Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.

Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!

Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung

In Top moderner Werkstatt
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine

Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

LOHNSCHLACHTUNGEN

Schlachten, Zerlegen, Ausbeinen, Dressieren u. Wursten, offen/vac. und ausgezeichnet. Für Ihren Eigenbedarf oder Direktvermarktung. Interessiert? Rufen Sie mich an! Fleisch und Wurst En-gros-Verkauf: «Kiloweise – Superpreise!» Henri Diggelmann, Metzgerei «zum Steg», 8496 Steg i.T., Tel. 055 245 13 24.

ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

50 FRANKEN Reka-Checks

Der Reka-Check – das touristische Zahlungsmittel

Reka-Checks sind ein Zahlungsmittel für touristische Leistungen in der Schweiz. Rund 7000 Annahmestellen in der Schweiz im Bereich Ferien, Freizeit und Reisen akzeptieren Reka-Checks wie Bargeld.

So können Sie gewinnen!

Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 25. November 2009:**

Zürcher Bote/Bauer
Wochenrätsel
Seestrasse 95
8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 44/09
Lösungswort: Forellen

Gewinner: M. Wehrli, Rüschlikon

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.

einheim. Fischart
estnische Insel (dt.)
wirtschaftlich, effektiv
Ort am Pfannenstiel
heisse Getränke
engl.: Tee
Gattin des Gottes Osiris
Haltestelle
Frauenname
Zch. f. Radium
schweiz. Kabarettist (Cés) † 2007
Eidg. Starkstrominspektorat
Basler Rapper: Black ...
Bundesamt für Strassen (Abk.)
Freisinnig Demokrat. Partei
Abk.: Schweiz. Handballverband
engl. Männername
Fruchtform
Gemeinde am Genfersee
engl.: von
Basler Wappensymbol
Pluspol
Bedrängnis
Männername
Abk. für Auflage
Erholung, Ferien
japan. Schiebewände
Windschattenseite
Stadt auf Sachalin
Figur bei Kleist
Widerhall
frz.: mir, mich
schweiz. Mountainbiker
skandinavische Airline (Abk.)
belg. Chansonnier † 1978
tibetanischer Tempel
Frauenkosename
englische Zahl
Ort mit Militärflugplatz im Kt. TI
Leguanart
schweiz. Hochschule (Abk.)
Zch. f. Quecksilber
modern, populär
ital.: Basel
schweiz. Musical-Sängerin (Brigitte)

Hellás
Take - Away
Greek Specialities
Mo–SA 8.00–20.00 Uhr
SO 12.00–20.00 Uhr
Stampfenbachstrasse 63
8006 Zürich
078 618 51 71

90 raetsel ch

1	2	3	4	5	6	7	8

Lösungswort Woche 47/09

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 23. November 2009, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Horgen / Rüschlikon
Der Barometer findet jeweils am ersten Donnerstag im Monat von 17.30 bis 19.00 Uhr, Restaurant «Tracht», statt.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Elgg
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Eintracht, Elgg.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

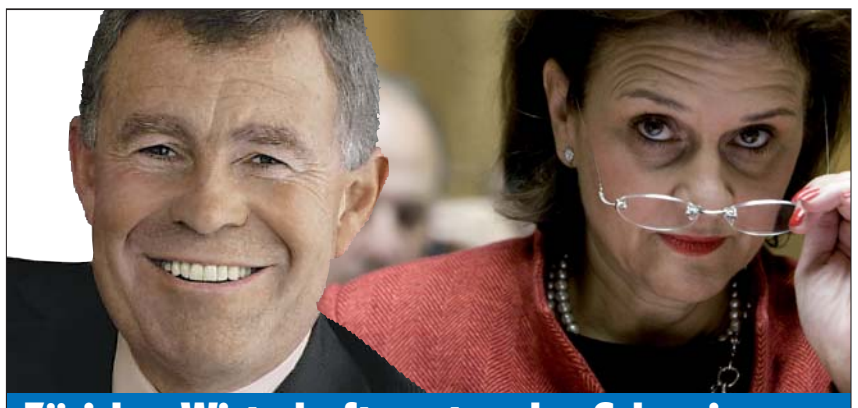
Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).



Zürich - Wirtschaftsmotor der Schweiz - Warum ist die bürgerliche Allianz wichtig?

SVP-Weihnachtsanlass

mit Nationalrätin Doris Fiala (FDP) und Ernst Stocker (SVP)

Donnerstag, 26. November 2009 **Restaurant Rossweid**
Rossweidstrasse 2, 8044 Gockhausen

Geschätzte Damen und Herren, Sie sind herzlich willkommen!

18.15 Uhr Türöffnung
18.30 Uhr **Weihnachtsessen**
Menu: Blattsalat mit Mango, Papaya und Cashewnüssen ***
Kalbschnitzel an einer Zitronensauce, Feine Nudeln, Gemüse ***
Zwetschentrilogie (Sorbet, Kompott und Vielle Prune)
Fr. 40.– (pro Person exkl. Getränke) jeder Gast zahlt selbst
20.00 Uhr «Zürich – Wirtschaftsmotor Schweiz – Warum ist die bürgerliche Allianz wichtig?»

Die Veranstaltung ist öffentlich. Parteifreunde & Sympathisanten sind herzlich willkommen!

Gestaltung: Karin Kuster-Hofer · www.tgc.ch

Anmeldetalon:
Anmeldefrist bis Freitag, 20. November 2009

❍ Anmeldung für Weihnachtsessen um 18.30 Uhr
❍ Teilnahme an Referaten NR Doris Fiala und Ernst Stocker

Name:
Anzahl Personen:
Strasse:
PLZ/Ort:
Telefon:
E-Mail (für Rückbestätigung):

Anmeldetalon bitte faxen/mailen an:
Gemeinderätin Jacqueline Hofer, Dübendorf, info@jhofer.ch oder Fax 044 820 20 85

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 30. November 2009, 20.00 Uhr, Ebertswil, Aufenthaltsraum, Parteiversammlung mit anschliessendem Chlaushöck.

Bezirk Bülach / Wallisellen
Samstag, 21. November 2009, 9.00–12.00 Uhr, Dorfzentrum vor Apotheke, Standaktion für Ernst Stocker in den Regierungsrat.

Bezirk Dielsdorf / Boppelsen
Samstag, 21. November 2009, ab 18.00 Uhr, Mehrzweckraum Hinterdorf, traditioneller Raclette-Abend.

Bezirk Meilen
Samstag, 28. November 2009, 19.00 Uhr, Zumikon, Sunnmatt Lodge (vis-à-vis ZumiPark), SVP-Advents-Abend mit Musik, Apéro, Salatbuffet, Fondue Chinoise und Dessertbuffet. Mit den Ehrengästen: Walter Frey, alt Nationalrat und Vizepräsident SVP Schweiz, sowie Ernst Stocker Regierungsratskandidat. Anmeldung bis 25. November an: Benno Müller, Sunnmatt 4, 8126 Zumikon, Telefon: 044 918 14 25, Fax 044 918 14 79, E-Mail: info@sunnmatt-lodge.ch.

Bezirk Meilen / Hombrechtikon
Donnerstag, 3. Dezember 2009, 19.30 Uhr, Restaurant Arcade, Hombrechtikon, taditioneller SVP-Chlaus-Jass mit Nationalrat Christoph Mörgeli und den Kandidaten für die Erneuerungswahlen. Eine Anmeldung ist nicht nötig.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Montag, 7. Dezember 2009, Restaurant KEK, Küsnacht, 2. ausserordentliche Generalversammlung.

Bezirk Uster / Mönchaltorf
Samstag, 21. November 2009, 9.00–11.00 Uhr, beim Mönchhof, Mönchaltorf, Standaktion mit Regierungsratskandidat Ernst Stocker.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Samstag, 5. Dezember 2009, 9.30–11.30 Uhr, beim Café Mandarin, Albisstrasse 44, Zürich, Standaktion. Die SVP Zürich Kreis 1 und 2 verteilt eine kleine Chlausüberraschung.

Stadt Zürich / Kreis 7
Donnerstag, 10. Dezember 2009, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Witikon, Veranstaltung zum Auftakt Gemeinderatswahlen im Jahre 2010. Gastredner sind Hans-Peter Amrein mit dem Thema: «Gesetzliche Grundlagen bei Verkehrsprojekten» und Margrit Zopfi «Mit Zivilcourage = Zu viel Courage?» (ehemalige Mitarbeiterin beim Soz. Departement Stadt Zürich). Veranstalter: Urs Fehr, Präsident SVP 7.

Donnerstag, 4. Februar 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Witikon, Generalversammlung. Veranstalter: Urs Fehr Präsident SVP 7.

Stadt Zürich / Kreis 9
Samstag, 21. November 2009, 9.00–11.30 Uhr, Zürich-Albisrieden, vor Migros, Albisriederstrasse 365, Standaktion.

Freitag, 4. Dezember 2009, ab 19.00 Uhr, Schützenstube im Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Chlaushöck.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Dienstag, 26. Januar 2010, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Kanton Zürich
Donnerstag, 26. November 2009, 18.30 Uhr, Restaurant Rossweid, Rossweidstrasse 2, Gockhausen, SVP-Weihnachtsveranstaltung mit Nationalrätin Doris Fiala (FDP) und Regierungsratskandidat Ernst Stocker (SVP). Programm: 18.30 Uhr: Gemeinsames Abendessen. 20.00 Uhr: Referate «Zürich – Wirtschaftsmotor der Schweiz – Warum ist die bürgerliche Allianz wichtig?» mit Nationalrätin Doris Fiala (FDP) und Regierungsratskandidat Ernst Stocker (SVP). Diese Veranstaltung ist öffentlich. Geschätzte Damen und Herren, Sie sind herzlich willkommen! Anmeldung für das Weihnachtsessen (40 Franken pro Person exkl. Getränke) oder die Teilnahme an Referaten an info@jhofer.ch erforderlich. Anmeldeschluss: Freitag, 20. November 2009. Kontakt: Jacqueline Hofer, Dübendorf, Telefon 044 820 20 90 oder info@jhofer.ch. Organisation: SVP-Frauen Kanton Zürich.

Montag, 14. Dezember 2009, 14.30 Uhr, Besammlung im Foyer Rathaus Zürich. Besuch des Zürcher Kantonsrates unter der Leitung von Kantonsrätin Theres Weber. Filmvorführung und Führung durch das Rathaus mit anschliessendem Apéro. Sicherheitskontrolle beim Eingang: ID oder Pass mitbringen. Anmeldung: Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch, Telefon 044 820 20 90. SVP-Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich willkommen.

Mittwoch, 13. Januar 2010, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Raum Winterthur, SVP-Veranstaltung mit Nationalrätin Natalie Rickli und Gregor A. Rutz, Vize-Präsident der SVP des Kantons Zürich zum Thema «Erfolgreicher Wahlkampf». Vorstellung von Stadtratskandidat Daniel Oswald, Parteipräsident SVP Winterthur und Gemeinderatskandidatin Chantal Leupi, Vorstand JSVP «Stadt und Bezirk Winterthur». SVP-Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich willkommen! Nähere Angaben folgen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 21. November 2009, 19.30 Uhr, Zivilgemeindesaal, Oberhasli, Gastreferat «Politik aktuell» garantiert mit Reminiszenzen aus Bundesbern, von Nationalrat Hans Fehr, anlässlich des Martinimahls der SVP Niederhasli.

Mittwoch, 16. Dezember 2009, 20.00 Uhr (Apéro ab 19.30 Uhr), Schinzenhof, Horgen, Sessionsveranstaltung «Politik aus erster Hand» mit Nationalrat Hans Fehr. Alle Interessierten sind freundlich eingeladen. Organisation: SVP Bezirk Horgen.

Freitag, 15. Januar 2010, Schützenhaus Albisgüetli, Zürich, 22. Albisgüetli-Tagung der Zürcher SVP. Ab 17.00 Uhr Apéro, ab 19.00 Uhr Ansprache des Parteipräsidenten und Standortbestimmung. Grosse Tombola mit 1500 Soforttreffern und 25 Haupttreffern im Wert von rund 25 000 Franken. Teilnehmerzahl beschränkt. Anmeldung nur via Einzahlung möglich (entsprechende Unterlagen folgen in Kürze an alle Parteimitglieder per Post). Keine telefonischen Vorbestellungen und Reservierungen möglich.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 89 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Freitag, 5. Februar 2010, 13.30–17.30 Uhr, ETH Zürich, Semper-Aula (G 60), Panel-Debatte I (14.15 bis 15.30 Uhr) «Sicherheitspolitische Positionierung: Auslandeinsätze der Armee wie weiter?» u.a. mit Nationalrat Hans Fehr, im Rahmen der Veranstaltung «Weltpolitische Lage 2010: Herausforderungen für die Schweiz» des Center for Security Studies, ETH Zürich.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Chlaushöck 2009
Donnerstag, 3. Dezember 2009, 14.30–17.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich (PP vorhanden / S4 bis Brunau, dann Treppe hoch / Bus 33 bis Thujastrasse), Chlaushöck. Die beiden Stadtratskandidaten der SVP Stadt Zürich, Mauro Tuena und Dr. med. Karl Zweifel, stellen sich vor. Anschliessend gemütliches Beisammensein bei Kaffee und einem Stück Torte.

SVP

4. SVP-Studentenlunch

LIEBE MITSTUDIERENDE DER UNI, ETH UND FH'S ZÜRICH

Seid ihr auch Sympathisanten der SVP?

Am Mittwoch, den **25.11.2009**, um **18:30 Uhr** treffen wir uns zum 4. SVP-Studentenlunch im Restaurant Oberhof (Zürichbergstrasse 24, 8032 Zürich), zu einem weiteren spannenden Anlass. Als Gast dürfen wir

alt Bundesrat Christoph Blocher

begrüssen.

Es würde uns freuen, wenn Du auch dabei bist.

Eine Anmeldung ist bis spätestens den 21.11.2009
unter studentenlunch@gmx.ch erforderlich.

(Kosten: 3-Gang-Menu inkl. Apéro: Fr. 35)

Michael Lüdi (SVP Oberengadin), **Tiziano Foiera** (SVP Küsnacht), **Patric Eggler** (SVP Stadt Zürich)